

Benjamin Held / Irene Becker

Zentrale Ergebnisse
des Gutachtens

SOZIAL- ÖKOLOGISCHES EXISTENZMINIMUM

Herausforderungen und Lösungsansätze
für die Sicherstellung eines menschenwürdigen
Existenzminimums in Zeiten der Transformation

Februar 2025

Klimawandel als sozialpolitische Herausforderung und Aufgabe

Der Klimawandel gefährdet die Sicherstellung des menschenwürdigen Existenzminimums, auch in Deutschland. Entschlossener Klimaschutz stellt deswegen auch aus sozialpolitischer Perspektive ein zentrales Ziel dar. Aber die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen zur Treibhausgas-Reduktion und Klimaanpassung können ebenfalls das menschenwürdige Existenzminimum gefährden. **Eine soziale Ausgestaltung und eine soziale Einbettung der Klimaschutzmaßnahmen sind also unerlässlich.** Zum einen wird damit der Wohlstand in Deutschland gesichert, zum anderen kann dies als Bedingung für die Umsetzung eines ambitionierten Klimaschutzes gelten, da andernfalls der nötige Rückhalt in der Bevölkerung für eine solche Politik fehlt.

Einführung des Begriffs »sozial-ökologisches Existenzminimum«

Deskriptiv: Ausdruck, der die besonderen Herausforderungen hinsichtlich der Sicherstellung des menschenwürdigen Existenzminimums im Kontext der Einhaltung der planetaren Belastungsgrenzen (zum Beispiel Belastungen der Menschen durch Klimawandel und Transformationserfordernisse) adressiert.

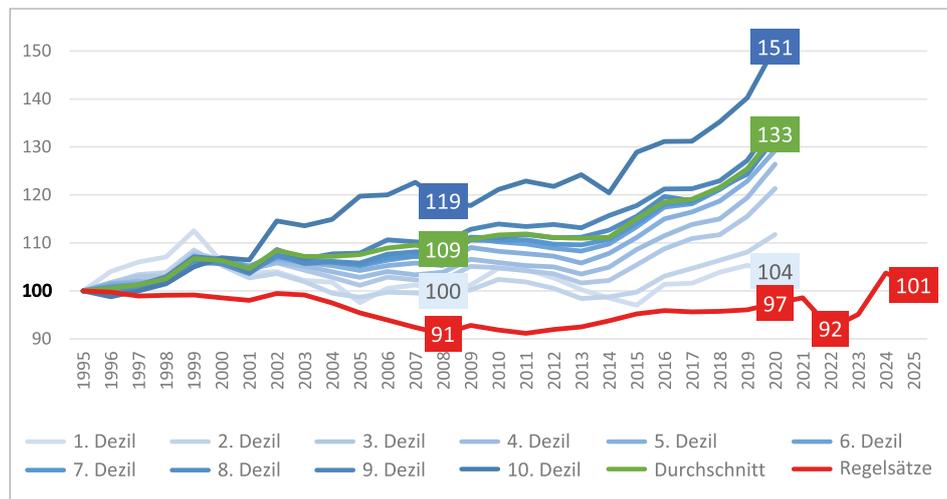
Instrumentell: Baustein einer sozial-ökologischen Transformation, der sicherstellen soll, dass das menschenwürdige Existenzminimum in und nach ihr gewährleistet ist; geht dabei hinsichtlich der Lösungsansätze über das klassische Spektrum der Mindestsicherung hinaus und bezieht zum Beispiel auch Verteilungs- und Infrastrukturfragen mit ein.

Hohe Investitionsbedarfe lassen weiteres Konsumwachstum in den nächsten Jahren unwahrscheinlich erscheinen. Verteilungsfragen gewinnen damit noch mehr an Bedeutung

Wegen der hohen Investitionsbedarfe und weiteren Ausgaben in mehreren Bereichen (unter anderem Klima/Umwelt, Bildung, Infrastruktur, demografischer Wandel, Pflege, Verteidigung) erscheint ein allgemeines Konsumwachstum in Deutschland in den nächsten Jahren als unwahrscheinlich – zudem wäre es mit der Erreichung der Klimaziele voraussichtlich schwer vereinbar. Deshalb werden Verteilungsfragen besonders dringlich. Dabei zeigt ein Blick in die Vergangenheit, dass in den letzten Jahrzehnten insbesondere Haushalte mit hohem Einkommen Steigerungen erfahren haben, während die Einkommen im unteren Bereich weitgehend stagnierten. So sind die verfügbaren Einkommen von 1995 bis 2020 im obersten Einkommensdezil um 51 Prozent gestiegen, im Durchschnitt um 33 Prozent, im untersten Dezil hingegen nur um 4 Prozent.

Wie eine speziell für dieses Gutachten durchgeführte Auswertung zeigt, hat sich der Regelsatz real betrachtet beim Vergleich mit den Einkommensdezilen am schlechtesten entwickelt: Er ist von 2002 bis 2008 deutlich zurückgegangen, befindet sich im Jahr 2020 leicht unterhalb des Niveaus von 1995 (-3 Prozent) und 2025 in etwa auf diesem (+1 Prozent).

Abbildung 1:
Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen (nach Dezilen)
und des Regelsatzes
 (1995 = 100, preisbereinigt, Nettoäquivalenzeinkommen)



Quellen: DIW Berlin, Bäcker et al (2007), BMAS, DESTATIS; eigene Darstellung;
 für genauere Angaben siehe Abbildung 2

Szenariorechnungen zur Verteilung zeigen: »Weiter-wie-bisher« würde zu deutlichen Verlusten bis in die obere Mitte führen. »Moderate Umverteilung« könnte dies verhindern

Szenariorechnungen bis zum Jahr 2035 verdeutlichen, dass eine Fortsetzung der Verteilungsentwicklung der letzten 25 Jahre bei Annahme eines ausbleibenden durchschnittlichen Einkommens- und Konsumwachstums (Grundannahme A) zu einer deutlichen Erhöhung der Ungleichheit führen würde. Dabei käme es zu realen Verlusten insbesondere bei den unteren Einkommen (ca. –10 Prozent), die Verlustzone würde aber bis in die obere Mitte reichen. Sollte es sogar zu einem leichten gesamtwirtschaftlichen Rückgang des Einkommens und Konsums kommen (Grundannahme B), würden die Einbußen bei den unteren Einkommen noch höher ausfallen (ca. –15 Prozent).

Dem könnte durch eine moderate Umverteilung, bei der von 2024 bis 2035 jährlich 0,5 Prozent des Einkommens des 10. Dezils auf die unteren sechs Dezile umverteilt würden, entgegengewirkt werden: Unter den Szenarioannahmen ergäben sich in den unteren Einkommensschichten und in der Mitte keine Verluste. In den beiden unteren Einkommensdezilen – und damit verbunden auch im Regelsatz – wären sogar kleine bis moderate Zugewinne möglich. Und: Obwohl die Realeinkommen des obersten Dezils je nach Grundannahme bis 2035 annahmegemäß um 5 bis 10 Prozent sinken würden, ergäben sich hier im Vergleich zu 1995 weiterhin die höchsten Zuwächse aller Einkommensgruppen. Das gilt bereits für die gruppenspezifischen relativen Veränderungen gegenüber 1995, die in der Abbildung dargestellt sind, aber umso mehr hinsichtlich der absoluten Beträge: Hier übersteigen die Zugewinne des obersten Dezils weiterhin diejenigen im mittleren und unteren Einkommensbereich um ein Vielfaches.

Abbildung 2:
Szenarien-Entwicklungen der verfügbaren Haushaltseinkommen (nach Dezilen)
und des Regelsatzes
 (1995 = 100, preisbereinigt, Nettoäquivalenzeinkommen)



Quellen: 1995-2025: DIW Berlin, Bäcker et al (2007), BMAS, DESTATIS; für genauere Angaben zu den Quellen siehe Abbildung 2 im Gutachten
 2025-2035: eigene Szenarioannahmen; eigene Darstellung

Fünf Lösungsansätze zur Sicherstellung des sozial-ökologischen Existenzminimums

Zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums in und nach der Transformation zur Klimaneutralität wurden **fünf besonders relevante Lösungsansätze (LA) identifiziert**. Dabei bauen die Vorschläge in Teilen aufeinander auf, bedingen sich in gewissem Umfang gegenseitig und entwickeln in der gemeinsamen Umsetzung Synergien. Ein Schwerpunkt wurde in diesem Gutachten auf den LA2: Reform der sozialen Mindestsicherung sowie den Teilaspekt Suffizienzpolitik des LA5 gelegt.

LA1: STÄRKUNG UNTERER EINKOMMEN

Zentrale Funktion: Sicherstellen, dass bei absehbar steigenden Preisen und Investitionserfordernissen Wohlfahrtsverluste bei Haushalten mit geringen finanziellen Mitteln verhindert werden und dass Klimaschutz sowie umweltverträglicher Konsum möglich sind.

LA2: REFORM DER SOZIALEN MINDESTSICHERUNG

Zentrale Funktion: Sicherstellen, dass das menschenwürdige Existenzminimum im Zuge der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen nicht gefährdet ist. Eng verbunden mit LA1, um im Zusammenspiel einer ansonsten drohenden Zunahme der Ungleichheit, insbesondere der Armut und Prekarität, entgegenzuwirken.

LA3: AUSBAU DER ÖFFENTLICHEN INFRASTRUKTUR / DASEINSVORSORGE

Zentrale Funktion: Sicherstellen, dass grundlegende Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen und dass deren Bereitstellung kompatibel mit der Erreichung der Klimaziele bzw. insgesamt der Einhaltung planetarer Grenzen ist.

LA4: SOZIALE AUSRICHTUNG VON FÖRDERPROGRAMMEN / SUBVENTIONEN

Zentrale Funktion: Sicherstellen, dass angesichts knapper Haushaltsmittel diejenigen Bürgerinnen und Bürger bei der Transformation unterstützt werden, die sich andernfalls die notwendigen Investitionen nicht leisten könnten oder über Gebühr belastet würden.

LA5: VERTEILUNGS- UND SUFFIZIENZPOLITIK

Zentrale Funktion: Sicherstellung der Finanzierung der vielfältigen staatlichen Investitions- und Unterstützungserfordernisse sowie Setzung der ermöglichenden Rahmenbedingungen, Anreize und Regelungen, damit im Sinne eines »Genugs« ein gutes Leben für alle möglich ist.

Ausführliche Informationen zu den dargestellten Zusammenhängen und Ergebnissen bietet das zugrunde liegende Gutachten »Sozial-ökologisches Existenzminimum – Herausforderungen und Lösungsansätze für die Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums«, das hier kostenfrei heruntergeladen werden kann: www.diakonie.de/informieren/infothek/2025/februar/diakonie-konzept-fuer-ein-sozial-oekologisches-existenzminimum

Impressum

Herausgeberin:

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
diakonie@diakonie.de
www.diakonie.de

Autor:innen:

Dr. Benjamin Held
Leiter Arbeitsbereich »Nachhaltige Entwicklung«
FEST e.V. – Institut für Interdisziplinäre Forschung
benjamin.held@fest-heidelberg.de

Dr. Irene Becker
Empirische Verteilungsforschung
i-h.becker@t-online.de

Verantwortlich:

Dr. Thomas Schiller
Leiter Zentrum Kommunikation
Diakonie Deutschland

Fachbetreuung:

Anna-Lena Guske
Referentin sozial-ökologische Transformation
Zentrum Soziales und Beteiligung
T +49 30 652 11-1119
anna-lena.guske@diakonie.de

Stand: Februar 2025